

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Zahlreiche zivile Opfer bei OEF-Operationen

Bei mehreren Operationen von OEF- (*Operation Enduring Freedom*) bzw. NATO-Truppen kam es erneut zu erheblichen zivilen Opfern. Die Kette der Zwischenfälle hatte am 3. März im Distrikt Batikot (Prov. Nangrahar, Ost-Afghanistan) begonnen, als Soldaten eines US-Konvois mindestens zwölf Zivilisten erschossen, nachdem sie von einem Selbstmordattentäter attackiert worden waren. Am gleichen Tag wurden in der Provinz Kapisa neun Menschen einer Familie bei einem US-Luftangriff getötet. Am 8. März starben drei Frauen und zwei Kinder bei einem Bombenabwurf auf ein Haus in Garmser (Provinz Helmand). Am 30. April hatte ein OEF-Sprecher behauptet, nach dreitägigen Angriffen auf Taliban-Positionen im Zerkoh-Tal in der West-Provinz Herat seien insgesamt 136 Taliban-Kämpfer getötet worden. Ausgelöst worden seien die Kämpfe durch einen „Taliban-Angriff“ auf eine gemischte Patrouille der *US Special Forces* und afghanischer Polizei. Augenzeugenberichte sprechen jedoch von Hausdurchsuchungen, bei denen sich die Einwohner eines Hauses bewaffnet zur Wehr gesetzt und dabei einen US-Soldaten getötet hätten. Darauf sei Luftunterstützung angefordert und ein Dorf bombardiert worden. Die UN bestätigte nach eigenen Untersuchungen den Tod von mindestens 57 Zivilisten in Zerkoh. Am 8. Mai kamen nach Angaben des Gouverneurs der Süd-Provinz Helmand weitere 21 Dorfbewohner bei einem Luftangriff ausländischer Truppen auf Sangin ums Leben. Am selben Tag hatte sich das US-Militär in Nangrahar für den Zwischenfall in Batikot am 8.3. formal entschuldigt, eine Untersuchung angekündigt und jeder betroffenen Familie 2 000 Dollar gezahlt. Bereits am 2. Mai hatte Präsident Karzai die zivilen Verluste als „unakzeptabel“ bezeichnet. Während einer Pressekonzferenz in Kabul sagte er: „Es ist sehr schwierig für uns, weiterhin zivile Opfer zu akzeptieren; das wird zu negativen Konsequenzen führen.“ Zuvor hatte Karzai den US-Botschafter, den NATO-Kommandeur sowie die Repräsentanten der UN und der EU zu sich einbestellt. Nach den Zwischenfällen war es in Jalalabad und Zerkoh zu Demonstrationen von Studenten und Dorfbewohnern gekommen, bei denen ausländischerfeindliche Parolen gerufen wurden. Nach Schätzungen von *Human Rights Watch* waren 2006 mehr als 100 afghanische Zivilisten bei Luft-

und anderen Angriffen der Koalitionstruppen umgekommen.

Taliban-„Kriegsminister“ Mulla Dadullah in Afghanistan getötet

Der Leichnam von Mulla Dadullah, des gefürchtete einbeinigen Militärführers der Taliban, wurde am 13. Mai Journalisten präsentiert. Wiederholt war er tot gesagt worden; erst vor wenigen Wochen hieß es, er sei in der Provinz Uruzgan mit 200 Kämpfern eingekesselt. Nach Mulla Akhtar Osmani, im Dezember von einer Rakete getroffen, und Mulla Obaidullah, im März in Pakistan verhaftet, wurde nun auch der Dritte im Führungs-Triumvirat unter Taliban-Chef Mulla Omar ausgeschaltet. Dadullah schien zumindest einen Teil der Selbstmordattentäter zu befehligen, die in diesem Jahr bereits mehr als 30 Mal zuschlugen, und kopierte auch sonst irakische Terrorerfahrungen: Er ordnete Kidnappings an, manchmal auch Enthauptungen von Entführten – zuletzt des jungen afghanischen Journalisten Ajmal Naqschbandi – und ließ Videos davon verbreiten.

Weiterer Mitarbeiter der Welthungerhilfe ermordet

In der nordafghanischen Provinz Kunduz ist ein für die *Deutsche Welthungerhilfe* tätiger afghanischer LKW-Fahrer erschossen worden, so die örtliche Polizei am 30. April. Laut Welthungerhilfe sei er ein langjähriger Mitarbeiter der Organisation gewesen, die daraufhin alle Aktivitäten in der Provinz einstellte. Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul sagte während eines kurz darauf folgenden Afghanistan-Besuches: „Dieser Mord darf uns nicht zweifeln lassen an unserem Engagement in Afghanistan. Die Menschen hier brauchen unsere Unterstützung.“ Bereits Anfang März war ein deutscher Mitarbeiter der Welthungerhilfe in der Provinz Sarepul in Nord-Afghanistan erschossen worden.

Afghanische Stimmen für Gespräche mit Taliban

Das afghanische Oberhaus, die *Meschrano Jirga*, hat am 8. März mehrheitlich einen Gesetzesvorschlag verabschiedet, in dem Gespräche mit den Taliban befürwortet werden. Allerdings solle zwischen „af-

ghanischen und ausländischen“ Taliban unterschieden und nur mit ersteren geredet werden. Dabei sollten deren „genuine Forderungen“ berücksichtigt werden, während sie sich gleichzeitig verpflichten sollen, die afghanischen Gesetze – einschließlich der Verfassung – zu respektieren. Senatspräsident Sebghatullah Mujaddedi fügte hinzu, der Vorschlag habe allerdings so lange keinen Sinn, wie nicht auch Gespräche mit Pakistan über Sicherheitsfragen geführt würden. Im selben Entwurf fordert das Oberhaus die ausländischen Truppen im Land auf, auf offensive Operationen gegen die Aufständischen zu verzichten und nur noch abgestimmt mit den afghanischen Sicherheitskräften zu agieren. Damit reagiert das Haus auf die jüngsten Vorfälle, in denen zahlreiche Zivilisten bei US-Militäroperationen ums Leben kamen. Zwei Tage zuvor hatte das afghanische Oberhaus auch das umstrittene Amnestie-Gesetz gebilligt, das jedoch erst nach der Unterschrift Präsident Karzais in Kraft treten kann. Auch der Gouverneur der umkämpften Süd-Provinz Helmand Asadullah Wafa, ein enger Vertrauter Präsident Karzais, bot vor Stammesältesten den Taliban einen zeitlichen offenen „Dialog“ an. Im Beisein lokaler NATO-Kommandeure forderte er die Ältesten auf, die Taliban zur Aufgabe ihrer Gewalt zu bewegen.

Außenminister verliert Vertrauensabstimmung

Das Unterhaus, die *Wolesi Jirga*, hat am 12. Mai Außenminister Rangin Dadfar Spanta das Misstrauen ausgesprochen. 141 der anwesenden 217 Abgeordneten stimmten gegen ihn, nur 73 unterstützten ihn. Anlass der Abstimmung war der Beschluss des Nachbarlands Iran, zehntausende afghanischer Flüchtlinge abzuschicken; die Abgeordneten warfen dem Minister vor, sich nicht hinreichend für sie eingesetzt zu haben. Spanta, ein Politikwissenschaftler, der lange in Aachen gelehrt hatte, wo er für die Grünen auch Mitglied des Stadtrates war, war wegen seiner linken Vergangenheit bereits seit längerem Zielscheibe des Misstrauens unter früheren Mudschahedin. Wenige Tage zuvor hatte das Parlament bereits Flüchtlingsminister Akbar gestürzt. Beide Entscheidungen könnten Präsident Karzai zwingen, eine bereits seit längerem erwartete Kabinettsumbildung vorzunehmen.

Ex-Ministerpräsident ermordet

Senator Haji Abdulsabur Farid ist am 2. Mai vor seinem Haus in Kabul von Unbekannten erschossen worden.

Farid, der zur Hezb-e Islami Gulbuddin Hekmatyars gehörte, war 1992 für kurze Zeit als Platzhalter Hekmatyars Chef einer Übergangsregierung der Mudschaheddin nach dem Fall des Najibullah-Regimes. Nach der Machtübernahme durch die Taliban schloss er sich der bis dahin verfeindeten Nordallianz unter Führung Ahmad Schah Massuds an. 2005 ernannte Präsident Karzai ihn zum Senator. Beim Begräbnis Farids in seiner Heimatprovinz Kapisa riefen Teilnehmer gegen die Regierung sowie die US- und britischen Truppen gerichtete Parolen. Im vergangenen Jahr war in Kabul mit Maulawi Muhammad Islam – Gouverneur der Provinz Bamian unter den Taliban – ein weiterer Parlamentarier ermordet worden.

Deutsche Soldaten in Süd-Afghanistan

Nach Angaben der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 7. Mai befinden sich derzeit 23 deutsche Fernmelde-Soldaten auf einem Sondereinsatz im ISAF-Rahmen im südafghanischen Kandahar. Bis Ende Juli sollen sie dort technische Aufgaben innerhalb eines US-Militärlagers wahrnehmen. Außerdem sei am 7. Mai ein Drei-Mann-Trupp vom Bataillon Operative Informationen nach Süd-Afghanistan in Marsch gesetzt worden, um „durch Ausrufe, Flugblätter, Zeitungsartikel oder Gespräche“ der dortigen Bevölkerung „Sinn und Zweck von ISAF-Operationen zu erläutern“. Die Sicherung dieser Soldaten werde von ISAF insgesamt, also nicht von deutschen Soldaten, wahrgenommen. Drei weitere Bundeswehresoldaten, die zurzeit in Nord-Afghanistan bei Mazar-e Scharif afghanische Soldaten eines Panzerbataillons ausbilden, sollen demnächst in Süd-Afghanistan erkunden, wie das Panzerbataillon dort eingesetzt werden könnte. Ferner habe die Kabuler Regierung in der Vorwoche darum gebeten, dass auch 19 deutsche Ausbilder eines afghanischen Infanteriebataillons in den Süden mitverlegt werden, wenn diese Einheit demnächst dorthin verlegt werde. Verteidigungsminister Jung hat dies aber bereits abgelehnt.

100 tote Polizisten in 45 Tagen

Über 100 Polizisten sind in den vorangegangenen 45 Tagen bei Kämpfen mit den Taliban getötet worden. Dies teilte am 7. Mai das afghanische Innenministerium mit. Die meisten Vorfälle hätten sich in den Provinzen Kandahar, Uruzgan, Helmand, Paktia and Paktika ereignet. Im gesamten Vorjahr waren über 700 Polizisten ums Leben gekommen. Ein Ministeriumssprecher teilte mit, dass Maßnahmen ergriffen werden sollen, um solche Verluste zu vermeiden.

Iranische Waffen für Afghanistan?

Der Kommandeur der NATO-Streitkräfte in Afghanistan, US-General Dan McNeill, hat am 19. April indirekt Angaben des US-Generalstabschefs Gen. Peter Pace dementiert, Iran habe Waffen an die Taliban geliefert. Laut *Radio Free Europe/Radio Liberty* sagte er, er könne nicht bestätigen, dass Truppen der westlichen Koalition Waffen iranischer Produktion in Afghanistan abgefangen hätten. Er habe auch keine *hard intelligence* über Ausbildungslager für afghanische Aufständische in Iran. McNeill fügte jedoch hinzu, dass der US-Generalstab über mehr Informationen verfüge als er selbst. Pace hatte laut *New York Times* von einer Sendung iranischer Waffen – einschließlich von Mörsern und Plastiksprengstoff – gesprochen, die früher im Monat in der Nähe von Kandahar aufgebracht worden sei. Es sei jedoch

nicht klar, ob sie von der iranischen Regierung autorisiert gewesen sei. Auch das iranische Außenministerium bezeichnete die Berichte als „bar jeder Grundlage“.

Afghanistan qualifiziert für HIPC-Entschuldungsprogramm

Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds haben Afghanistan Zugang zu der Entschuldungsinitiative HIPC gewährt, die dem Land substanzielle Reduzierungen seiner Auslandsschulden bringen würde. 30 Länder, vor allem in Afrika, sind bisher in dieses Programm aufgenommen worden. Als Begründung hieß es in Washington, dass Afghanistan „starken und anhaltenden Fortschritt in Richtung makroökonomischer Stabilität“ erzielt und „weit reichende Strukturreformen“ umgesetzt habe.

Verheiratet mit Dschinnis

Formen von Volksfrömmigkeit in Afghanistan

Lutz Rzehak

„Es gibt keinen Gott außer Allah und Mohammed ist sein Prophet.“ Das islamische Glaubensbekenntnis ist zuallererst ein Bekenntnis zum Eingottglauben. In der religiösen Erfahrung kann sich die Einzigartigkeit Gottes in vielerlei Weise manifestieren. Einige dieser Erfahrungen mögen manchem Strenggläubigen sogar als Zweifel am Eingottglauben erscheinen. So ließen die Taliban in Afghanistan noch vor wenigen Jahren Grabmalkomplexe verschließen, weil viele Gläubige die dort begrabenen Personen verehrten, im Gebet bei ihnen Zuwendung suchten. Doch die Religiosität, die dahinter steht, bleibt trotz solcher Verbote lebendig. Legendenartige Erzählungen über misslungene Versuche, Heiligengräber zu zerstören, waren bereits vor den Taliban Bestandteil der afghanischen Folklore. Die Widerstandskraft gegen eine beabsichtigte Zerstörung gilt sogar als Wundertat und weitere Manifestation der Heiligkeit der dort begrabenen Person. Heilige werden ebenso wie Dschinnis („Geister“) als Geschöpfe Gottes angesehen. Ihre Existenz und ihre Wundertaten sollen die Einzigartigkeit Gottes nicht in Frage stellen, sondern sie gelten als weiterer Beleg für die Allmacht Gottes.

Ahmadschah ist Anfang vierzig. Er lebt in Dehdadi, einem kleinen Dorf, das ungefähr eine halbe Autostunde von Masar-e

Scharif entfernt in der Provinz Balch liegt. Früher, so berichtet Ahmadschah bei einem freitäglichen Almosenessen, sei er sehr krank gewesen. Er spricht

von einer Nervenkrankheit und erzählt, dass er zu niemandem Kontakt hatte und nicht arbeiten konnte. Auch das Wort „verrückt“ fällt in